

Für Schleswig-Holstein im Europäischen Parlament

Halbzeit der Wahlperiode
für Rasmus Andresen,
Bündnis 90/Die Grünen



Moin,

ich bin Rasmus Andresen und seit 2019 für Flensburg und Schleswig-Holstein Grünes Mitglied des Europäischen Parlaments.

Zur **Halbzeit der Wahlperiode** möchte ich zeigen, woran ich während meiner Zeit in Brüssel und Straßburg gearbeitet habe und was wir auf europäischer Ebene erreichen konnten.

Energiewende, grenzüberschreitende Lösungen und das diskriminierungsfreie Zusammenleben von und mit Minderheiten spielt gerade für uns im Norden eine große Rolle. Auch wenn es nicht immer so wirkt: **Was in Brüssel passiert, ist für alle von uns relevant.** Als Ihr und Euer Abgeordneter in Brüssel ist es meine Aufgabe, Themen aus der Region mit nach Brüssel zu nehmen und für alle Ansprechpartner zu sein.

Ich setze mich für eine **ökologische und klimagerechte Europäische Union** ein. Die Europäische Union muss ein Projekt für alle sein, ganz unabhängig davon wie dick der Geldbeutel ist, wen man liebt oder wo man herkommt.

Gerade in einer Zeit, in der wir von Krise zu Krise rasen, möchte ich mich vor allem für diejenigen einsetzen, die zu oft von der Politik übersehen werden.

Ein Europa für alle.



Rasmus Andresen



Finanzen und Haushalt

Im Haushalts-, sowie im Wirtschaftsausschuss setze ich mich dafür ein, unser Finanzsystem klimagerechter und sozialer zu machen. Finanzpolitik wirkt oft langweilig und extrem trocken. Dort werden aber die Grundlagen dafür gelegt, wie die EU aussehen soll. Wenn wir wollen, dass die EU für alle funktioniert und klimagerecht wird, müssen wir den Rahmen dafür verändern.

Mehr Geld für Klima, Jugend und Demokratie

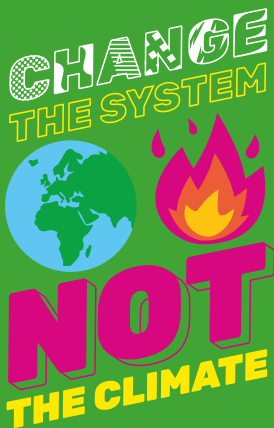
Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) ist der Haushaltsplan der EU, indem er Prioritäten und politische Schwerpunkte in der Finanzplanung der Union vorgibt.

Knapp 1 Billion Euro wird die EU bis 2027 (über einen Zeitraum von 7 Jahren) zur Verfügung haben. Hinzu kommen nochmal 750 Milliarden Euro als Corona Hilfsprogramm. Was nach sehr viel Geld klingt, ist auf knapp 430 Millionen Europäer*innen gerechnet gar nicht mehr so viel.

Ein Großteil des Geldes geht direkt an die EU-Mitgliedsstaaten und Regionen. Uns ist beispielsweise gelungen, knapp 600 Millionen Euro für Schleswig-Holstein zu sichern.

Uns Grünen war am wichtigsten, dass wir einen EU-Haushalt bekommen, der klimagerecht ist, stärker auf Jugend setzt und mehr grenzüberschreitende Projekte finanziert.

Als einer von nur 6 Europaabgeordneten durfte ich diesen Haushaltsrahmen mitverhandeln.



Unsere konkreten Erfolge im Mehrjährigen Finanzrahmen:

Klimaschutz und Biodiversität

- mindestens 30% aller EU-Gelder fließen zukünftig in den Klimaschutz
- bis zu 10% der Mittel gehen in den Erhalt der Artenvielfalt und der Biodiversität
- klimaschädliche Ausgaben sollen zukünftig komplett aus dem Haushalt gestrichen werden. Der EU-Haushalt darf fürs Klima keinen Schaden verursachen

Europa der Vielfalt

- Förderung von Geschlechtergerechtigkeit & erstmaliges Gender Budgeting
- 25% der Mittel des Europäischen Sozialfonds ESF+ fließen dank Grünem Einsatz in Maßnahmen zur sozialen Inklusion, an Erwachsene und Kinder in Armut und in den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit
- Substanzielle Aufstockung von Programmen wie das Gesundheitsprogramm EU4Health
- Aufstockung des Menschenrechtsprogramms „Rechte und Werte“, mit dem konkrete Demokratieprojekte von NGOs in ganz Europa finanziert werden
- Austausch- und Freiwilligenprogramme wie Erasmus+ werden finanziell gestärkt

Demokratie und Vielfalt sind nicht verhandelbar

Zum ersten Mal wird außerdem ein starkes Rechtsstaatlichkeitsinstrument eingeführt, das die Verhängung finanzieller Sanktionen bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ermöglicht, wie von der Grünen/EFA-Fraktion gefordert.

Corona-Wiederaufbaufonds

Durch die Corona Pandemie geriet die gesamte EU in eine große Wirtschaftskrise. Unternehmen drohten pleite zu gehen, es drohten hohe Arbeitslosigkeit und massive Armut.

Es ist das erste Mal in der Geschichte der EU gelungen mit einem gemeinsamen Wirtschaftspaket auf die Covid Krise zu reagieren.

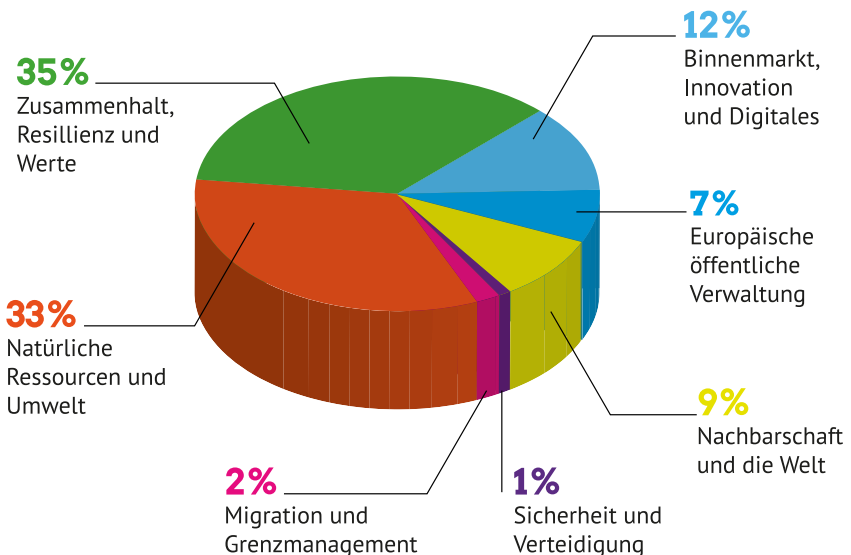
750 Milliarden Euro fließen über Zuschüsse oder Kredite in die Unterstützung unserer europäischen Wirtschaft. Der gemeinsame Europäische Wirtschaftsraum und der Euro als gemeinsame Währung sorgen dafür, dass wir voneinander abhängig sind.

Deshalb sind soziale und wirtschaftliche Probleme in Spanien oder Polen auch für uns von Bedeutung. Regionale Krisen können zu europäischen werden.

Uns Grünen und mir persönlich ist wichtig, dass das Geld nicht einfach in altbackene Strukturen fließt, sondern dass mit dem Geld notwendige Klimainvestitionen und die Digitalisierung vorangetrieben werden.

Wir haben geschafft, dass knapp 40% aus dem Fonds in Klimaprojekte fließen muss und 20% für Digitalisierung reserviert sind.

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027: Prozentuale Anteile der Mittel im Haushaltsplan



Europäische Fluthilfen jetzt!

Während der Flutkatastrophen im Sommer 2021 kamen Feuerwehr- und Hilfskräfte aus ganz Europa den betroffenen Regionen zur Hilfe. Zum Wiederaufbau galt es EU-Finanzhilfen vorzubereiten.

Durch einen Briefwechsel mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen habe ich aufgedeckt, dass zu wenig Geld im EU Haushalt für Krisenhilfen steckt. Jetzt probieren wir, dies mit Haushaltsanträgen zu ändern und vor allem die nationalen Regierungen zu überzeugen, dass das nötig ist.

Brexit-Folgen auffangen

Die 5 Milliarden Euro schwere Brexit-Reserve soll die ökonomischen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU lindern. Knapp 650 Millionen Euro sind davon für Deutschland reserviert, insbesondere für die besonders betroffenen Regionen und Sektoren, wie Küstenfischer*innen oder kleinere Tourismus-Unternehmen. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass das Geld nicht im Bundeshaushalt versickert, sondern gezielt in den sozialen Ausgleich und klimagerechte Maßnahmen in den Bundesländern fließt. Leider hat sich die damalige Große Koalition anders entschieden.

Mehr Transparenz und weniger Interessenskonflikte

Ich setze mich für mehr Transparenz und klarere Regeln gegen Interessenkonflikte ein. Dazu gehört auch, Firmen mit Interessenkonflikten bei Vergaberegeln für Beratungsverträge künftig auszuschließen.

Es kann nicht sein, dass Consultingfirmen Verträge ergattern und am Ende EU-Gesetze mitschreiben können, von denen sie selbst betroffen sind.

Wir haben unsere Forderung im Parlament mit einer großer Mehrheit verabschiedet, dass Gesetzgebung im Sinne der Bürger*innen gemacht wird und nicht im Sinne von Blackrock & Co! Nun ist die Kommission an der Reihe.

Mehr Transparenz über Milliarden-Fonds und Impfverträge Transparenz schafft Vertrauen für unsere europäische Demokratie.

Ich unterstütze, dass die EU-Kommission in den letzten Jahren Impfverträge mit den Pharmakonzernen verhandelt hat. Die Covid-Impfstoffe geben uns Freiheit zurück und es ist sinnvoll, diese gemeinsam europäisch einzukaufen.



Ich verstehe aber nicht, warum die EU-Kommission diese Verträge weiter geheim hält. Nur mit sehr viel Druck von uns Abgeordneten ist es gelungen, sie zumindest teilweise einzusehen.

Auch wenn in der EU, vor allem im Europäischen Parlament, viel transparenter gearbeitet wird, als in vielen nationalen Hauptstädten, muss vieles besser werden.

Aber auch einige Haushaltsfonds sind sehr undurchsichtig, so zum Beispiel die Trustfonds für humanitäre Hilfe. Immerhin 13 Milliarden Euro gehen an afrikanische Staaten, die Türkei, nach Kolumbien und an syrische Flüchtlinge.

Wir Grüne unterstützen, dass die EU mehr Mittel für humanitäre Projekte ausgibt und Verantwortung zeigt, aber wir kritisieren deutlich die Intransparenz, die fehlende parlamentarische Kontrolle und Übersicht der Mittelabflüsse. Gerade um Abschottung und Menschenrechtsverstöße zu verhindern, brauchen wir mehr Informationen.

Mehr Transparenz würde Kommissionspräsidentin von der Leyen gut tun!





Damit unsere Meere sauber werden

Wir Schleswig-Holsteiner*innen wissen, welche Bedeutung die Meere für uns Menschen und das Klima haben. Deshalb setze ich mich für mehr Meeresschutz, eine emissionsfreie Schifffahrt und einen Blue Deal für unsere Ostsee und ganz Europa ein.

Blue New Deal

Ohne aktiven Meeresschutz kann die Klimakrise nicht gestoppt werden. Nord- und Ostsee sind seit Jahren in einem katastrophalen Zustand. Deswegen fordere ich einen BLUE NEW DEAL, einen „Cross Check“ für EU-Gesetzgebung. Dafür haben die Wissenschaftler*innen Dr. Soeren Thomsen, Dr. Bleuenn Guilloux, Julia Jung and Ibukun Adewumi Aktionsvorschläge für Meeresschutz und andere meeresbiologische Bereiche erarbeitet, wie die europäischen Meere für künftige Generationen bewahrt werden können.

Hier geht es zum
Blue New Deal-Paper



Der BLUE NEW DEAL soll klar europäisch sein: eine gemeinsame Abstimmung und Umsetzung der relevanten sektoralen EU- Politiken der Küsten- und Meerespolitik ist notwendig und unablässig.

Nachhaltige Kraftstoffe in der Schifffahrt

Der Schiffsverkehr ist für elf Prozent aller CO₂-Emissionen der EU im Transportbereich verantwortlich. Das muss sich schleunigst ändern. Der Gesetzesvorschlag FuelEU Maritime ist der Baustein im sogenannten FitFor55-Gesetzespaket der EU-Kommission, mit Hilfe dessen die dringend notwendige Dekarbonisierung des Schifffahrtssektors angeschoben werden soll.

Als Berichterstatter für FuelEU Maritime im Industriausschuss habe ich mich von Anfang an mit konkreten Vorschlägen und ambitionierteren Zielen eingebracht.

Unser Ziel ist, die Schifffahrt bis 2040 emissionsfrei zu machen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen in nachhaltige Technologien, wie zum Beispiel Antriebsstoffe, die auf grünem Wasserstoff basieren oder in E-Ammoniak-Motoren. Auch auf dem Meer müssen wir uns schneller von fossiler Energie lösen.

Klimawerft in Flensburg

Der gesamte Schifffahrtssektor befindet sich in einem Umbruch. Es ist genau der richtige Zeitpunkt, die Flensburger Schiffbau Gesellschaft (FSG) für diese Aufgaben aufzustellen. Gemeinsam mit unserem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und in Zusammenarbeit mit der FSG habe ich vorgeschlagen, die Flensburger Werft zur Klimawerft zu entwickeln.

Dafür können europäische Fördermittel an Land gezogen und die FSG dabei unterstützt werden, führend bei der Herstellung von emissionsfreien Schiffen zu werden.



Hier findest du unsere
Vorschläge für die FSG

Für ein Europa der Vielfalt

Minderheiten sind Teil unserer Identität

Der Schutz von Minderheiten ist ein europäischer Grundwert und die Förderung einer bunten und vielfältigen EU eine gesamteuropäische Aufgabe. Schleswig-Holstein und das deutsch-dänische Grenzland ist in vieler Hinsicht ein Musterbeispiel für die politische und gesellschaftliche Einbindung von nationalen Minderheiten und Volksgruppen. Als Teil der dänischen Minderheit ist mir die Minoritätenpolitik in Brüssel eine Herzensangelegenheit.

Ich arbeite mit anderen Europaabgeordneten daran, die Rechte von nationalen Minderheiten in der EU zu stärken. Gemeinsam mit den bei uns lebenden Minderheiten der Friesen, Dänen, der Sinti und Roma, sowie der deutschen Minderheit in Dänemark haben wir politisch Druck ausgeübt.

Die Stärkung der Minderheitenrechte und des Minderheitenschutzes auf der europäischen Ebene ist auch zentraler Bestandteil der europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“ mit über 1,3 Millionen europäischen Unterstützer*innen.

Ich habe federführend daran mitgearbeitet, dass sich das Europaparlament entschieden hinter die Initiative gestellt hat, um sprachliche und kulturelle Identitäten von Minderheiten zu schützen.

Leider hat es die EU-Kommission bisher abgelehnt, sich der Initiative anzuschließen. Wir machen aber weiter politisch Druck.



Grenzüberschreitend leben und arbeiten

Gerade wir Schleswig-Holsteiner*innen haben in den letzten Jahren gemerkt, wie schnell Grenzen wieder geschlossen werden und Abschottung gesellschaftliche Realität wird. Ich setze mich in Brüssel dafür ein, dass es einfacher wird grenzüberschreitend zu leben. Deshalb kritisiere ich auch oft die anhaltenden und unnötigen dänischen Grenzkontrollen. Die Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen schadet dem engeren Zusammenwachsen der Grenzregionen und trifft nicht zuletzt auch die Grenzlandminderheiten, deren kulturelles, soziales und professionelles Leben oft grundlegend grenzübergreifend angelegt ist.

Statt Grenzkontrollen und Wildschweinzäunen brauchen wir mehr grenzüberschreitende Projekte. Deshalb freue ich mich, dass es gelungen ist, das INTERREG Programm mit 8 Milliarden Euro auszustatten. Die Mitgliedsstaaten wollten es kürzen. Wir haben es gemeinsamen mit regionalem Druck aus den Grenzregionen geschafft, das Programm besser auszustatten. So können mehr konkrete Projekte finanziert werden. Aber auch an Projekten, wie der Abschaffung von Geoblocking oder einer besseren sozialen Absicherung für Grenzpendler*innen, bleiben wir trotz viel Widerstands und Bürokratie dran.

Queere Rechte: Europa wird zur „LGBTIQ Freedom Zone“

Ich möchte, dass die EU ein diskriminierungsfreier Raum wird. Die Rechte von LGBTIQ-Personen werden in vielen europäischen Staaten angegriffen. Staatliche Diskriminierung gehört zum traurigen Alltag.

Im Europäischen Parlament sind wir viele, die für die Rechte von LGBTIQ-Personen aufstehen und laut werden. Wir thematisieren Diskriminierung, sind im Dialog mit Menschenrechtsaktivist*innen und setzen uns dafür ein, dass die EU-Kommission konkret handelt.



Wer kontrolliert das Internet?

Viele Aktivitäten in unserem Alltag und sogar politische Verhandlungen finden heutzutage online statt. Wichtiger denn je wird daher unsere Netzsicherheit, der Schutz vor Cyberangriffen und dass unsere Daten nicht konzentriert in den Händen weniger mächtiger Digitalkonzerne liegen. Dazu gehört auch eine faire und global effektive Mindestbesteuerung der größten und profitabelsten Unternehmen der Welt. Die OECD hat das im Oktober 2021 beschlossen - das brauchen wir auch in der EU.

Digital Markets Act

Mit dem „Digital Markets Act“ soll die Marktdominanz von großen Tech-Konzernen effektiv reguliert werden und gleichzeitig das Internet wieder freier, demokratischer und verbraucher*innenfreundlicher gestaltet werden. Ich habe das Gesetz im Industrieausschuss mitverhandelt.

Unser bisheriges Wettbewerbsrecht reicht nicht mehr aus, um der Marktmacht von beispielsweise Google, Amazon, Facebook und Apple genug entgegenzusetzen. Dringend brauchen wir zum Beispiel stärkere Bestimmungen, damit Tech-Konzerne nicht StartUps aufkaufen, um sie als Konkurrent*innen los zu werden. Solche Killer-Acquisitions sind nicht vereinbar mit fairem Wettbewerb und einem offenen Internet.

Auch die Position von Verbraucher*innen gegenüber den großen Digitalkonzernen soll gestärkt werden. Eine Interoperabilität von Messenger-Diensten soll zum Beispiel zu einer wirkliche Wahlfreiheit bei Messenger-Anbietern führen. Außerdem werden Verbraucher*innenschutzorganisationen in Prozessen gegen die Digitalkonzerne mit ausgeweiteten Klage- und Beteiligungsprozessen gestärkt.

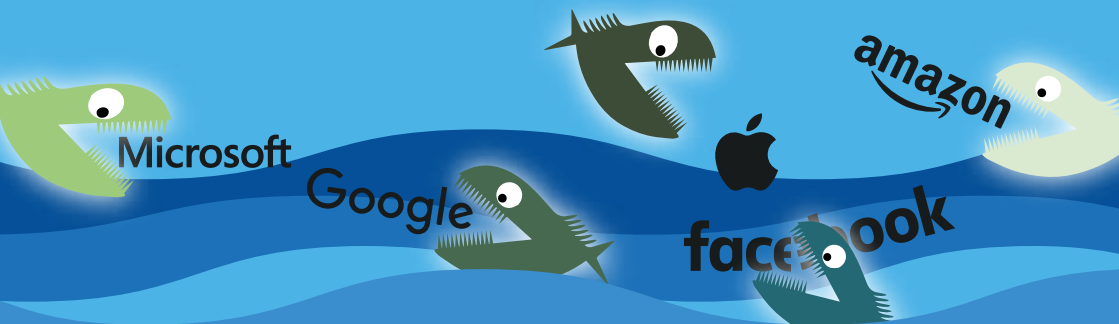




Foto: Europäisches Parlament

Sicherheit im Netz: Eine Cybersecurity-Union



Cyberangriffe gehören nicht nur zu den weltweit am schnellsten wachsenden Formen der Kriminalität, sondern werden auch immer umfangreicher, kostspieliger und ausgefeilter. Die Richtlinie über die Netz- und Informationssicherheit (NIS) war die erste EU-weite Rechtsvorschrift zur Cybersicherheit. 2019 hat das EU-Parlament die Kommission dazu aufgefordert, die Ausweitung der Richtlinie zu prüfen.

Die überarbeitete Richtlinie NIS2 verschärft in allen Mitgliedsstaaten die Sicherheitsanforderungen im Netz, strafft Meldepflichten, behandelt die Sicherheit von Lieferketten und gibt strengere Aufsichtsmaßnahmen und Durchsetzungsvorschriften vor - einschließlich EU-weit harmonisierter Sanktionen.

Als zuständiger Grüner Verhandler habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Richtlinie möglichst breite und flächendeckende Anwendung findet und Open Source Technologie nach dem Grundsatz „Sicherheit durch Transparenz“ als wichtiger Bestandteil der europäischen Cybersecuritypolitik erachtet wird.

Als federführender Verhandler für das Europaparlament habe ich außerdem die Errichtung eines europäischen Cyber Security Competence Centers vorangetrieben. Durch dieses Zentrum soll die europäische Cybersecurity-Forschung aufgestockt werden und kleinen/mittleren Unternehmen sowie StartUps der Zugang zu EU-Fördergeldern erleichtert werden.

Das alles & noch viel mehr

An diesen Gesetzen und Berichten habe ich in den letzten Jahren noch gearbeitet:



Foto: Clemens Schmidt

Berichte als Schattenberichterstatter über:

- die Umsetzung von EU-Treuhandfonds und die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei
- die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU zwecks Hilfeleistung wegen Naturkatastrophen und einem öffentlichen Gesundheitsnotstand
- das Thema „Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa – Finanzierung des Grünen Deals“

Stellungnahmen:

- zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren
- über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor
- über Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union
- einer neuen Industriestrategie für Europa
- Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU als Instrument zur Abstimmung von Anforderungen und Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt

Entschließungsanträge:

- zum ersten Jahrestag des Defacto-Abtreibungsverbots in Polen
- zu einem einheitlichen Ladegerät für Mobilfunkgeräte
- zum Beitritt zum EU Istanbul-Abkommen zur Bekämpfung geschlechtspezifischer Gewalt
- zum Stand der Umsetzung von Rechtsvorschriften gegen Geldwäsche

Die größten Enttäuschungen

Zum politischen Alltag gehört auch, dass man sich bei politischen Verhandlungen nicht durchsetzt oder frustriert ist, weil politische Mehrheiten anders entscheiden als man es für richtig hält. Politik kann manchmal hart und schmerzvoll sein. Auch in den letzten drei Jahren mussten wir in Brüssel harte Niederlagen einstecken.

Brexit: Wir Grüne haben uns gemeinsam mit unseren britischen Freund*innen für einen Verbleib eingesetzt. Trotzdem mussten wir am Schluss akzeptieren, dass sich eine Mehrheit der Brit*innen für den Brexit entschieden hat. Der Tag an dem wir über den Brexit abgestimmt haben und unsere pro Europäischen britischen Kolleg*innen verabschieden mussten, war der schmerzhafteste Tag in meiner politischen Arbeit.

Agrarpolitik: Die Europäische Agrarpolitik ist und bleibt eine Katastrophe. Obwohl alle wissen, dass die Agrarförderung der Europäischen Union klimaschädlich ist und die falschen Anreize setzt, bewegt sich viel zu wenig. Es ist uns in den Verhandlungen zur neuen Agrarförderperiode nicht gelungen, dass die EU Agrarmilliarden anhand von Klimazielen und Artenvielfalt ausgegeben werden. Eine Mehrheit bestehend aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen hat sich für das alte System entschieden.

Asylpolitik: Die Europäische Asylpolitik lässt mich schamvoll auf den Boden blicken. Nach wie vor ist eine Mehrheit der nationalen Regierungen nicht bereit, sich für eine humanitäre Politik an den EU Außengrenzen und eine faire Verteilung einzusetzen. Wir nehmen in Kauf, dass tausende Menschen auf dem Weg in die EU sterben und viel Leid ertragen. Dazu gehört auch die europäische Abstimmung von Anforderungen und Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt.

Transparenzhinweise zu meiner Abgeordnetentätigkeit

Einkommen



Lobbytermine



Mitgliedschaften



Du hast Fragen?

So kannst du mich erreichen:

Europabüro Rasmus Andresen
Norderstraße 139
24939 Flensburg

www.rasmus-andresen.eu

Mail: rasmus.andresen@europarl.europa.de

Tel: +32 2 28 47373

Warum bekomme ich diese Broschüre?

Du hast diese Broschüre per Post erhalten, da du entweder in Flensburg lebst oder Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein bist. Alle Haushalte in Flensburg haben über einen kostenpflichtigen Service eine Postwurfsendung mit diesem Heft erhalten.

Der Versand der Broschüre an die Schleswig-Holsteinischen Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen als Beilage des Mitgliedermagazins wurde vom Bundesverband Bündnis 90/Die Grünen durchgeführt.

